

BILANZBERICHT

CDU-Fraktion im Regionalrat Köln

2010-2014



Inhaltsverzeichnis

- 3** Vorwort Stefan Götz
- 4** Vorwort Rainer Deppe
- 5** Fraktion
- 6** Besetzung der Kommissionen
- 7** Statistik
- 8** Kraftwerkserneuerungsprogramm: BoAplus
- 9** Braunkohlenausschuss
- 10** Erweiterungsverfahren Phantasialand
- 11** Erweiterungsverfahren Quarzkies
- 12** Pumpspeicherkraftwerk
- 13** Verkehrspolitik: ein Rückblick
- 14** Regionale 2010
- 15** Landesentwicklungsplan
- 16** Impressum



Fraktionsvorsitzender
Stefan Götz

Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai wurden die Kommunalparlamente und das Europaparlament neu gewählt. Die Amtszeit des Regionalrates und Braunkohleausschusses endet ebenfalls. In der zurückliegenden Wahlperiode haben wir wesentliche Entscheidungen für die Menschen in unserer Region getroffen: Die Regionalplanverfahren zur Erweiterung des Phantasialandes in Brühl und der Modernisierung des Kraftwerksparks in Bergheim-Niederaußem wurden abgeschlossen. Im Bereich der Braunkohle gab es positive Entscheidungen für den Restsee Inden und die Fortführung des Tagesbaus Garzweiler.

In der kommenden Amtszeit ist die von der Landesregierung geplante Novellierung des Landesentwicklungsplans (LEP) von entscheidender Bedeutung. Hier wird sich zeigen, wie ernst es Rot-Grün mit dem Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung ist. Die Regionalräte, die CDU-Landtagsfraktion und die Kommunen haben sich klar positioniert: Es muss den Kommunen auch zukünftig der Handlungsspielraum zur notwendigen Entwicklung auf kommunaler Ebene gegeben sein.

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die zu den positiven Ergebnissen der abgelaufenen Wahlperiode maßgeblich beigetragen haben: Den Mitglieder des Regionalrates und des Braunkohleausschusses, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung und nicht zuletzt unserer CDU-Fraktionsgeschäftsstelle, von deren kompetenter Zu- und Vorarbeit wir alle profitiert haben.



Ihr
Stefan Götz
Fraktionsvorsitzender

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bericht über die 3. Wahlperiode des Regionalrates ist das Zeugnis eines großen und vor allem erfolgreichen Arbeitsprogramms der politischen Vertretung der 4,2 Mio. Einwohner des Regierungsbezirks Köln. Langjährig stagnierende Regionalplanverfahren konnten wir zu einem guten Abschluss bringen, und mit den beiden Regionalen haben wir gemeinsam ein bisher beispielloses Infrastruktur- und Investitionsprogramm zwischen Selfkant und Reichshof in Gang gebracht.

Möglich war dies, weil wir uns immer um breite, fraktionsübergreifende Mehrheiten bemüht und ein sachliches wie konstruktives Arbeitsklima sowohl innerhalb des Regionalrates als auch mit der Verwaltung entwickelt haben. Das ist längst nicht überall so; aber es hat unseren Regierungsbezirk gestärkt. Diesen Arbeitsstil sollten wir fortsetzen.

Jetzt warten wir mit Spannung auf den neuen Landesentwicklungsplan. Wenn die Landesregierung es wirklich ernst meint mit einer positiven Entwicklung, wird sie den Regionen mit dem LEP Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen und nicht verbauen. Wir erwarten deutliche Verbesserungen und vor allem eine Stärkung der Planungskompetenz auf der regionalen Ebene. Nordrhein-Westfalen ist glücklicherweise ein vielfältiges Land. Es wäre fatal, alle Landesteile über einen Kamm scheren zu wollen.

Das Ruhrgebiet wird mit der Novelle des RVR-Gesetzes neue Impulse, mehr regionale Kompetenzen und vor allem eine kommunal verfasste Mittelebene erhalten. Als Wachstumsregion und wirtschaftliches Herz unseres Bundeslandes brauchen wir im Rheinland die gleichen Möglichkeiten. Was der Landtag dem Ruhrgebiet ermöglicht, darf er uns nicht verwehren.

Unser Ziel ist: das Rheinland soll die am dynamischsten wachsende Region Nordrhein-Westfalens bleiben. Dafür setzen wir uns weiterhin auf allen Ebenen ein.



Rainer Deppe MdL
Vorsitzendes der Regionalrates Köln



Vorsitzender des Regionalrates Köln
Rainer Deppe

FRAKTION



Ronald Borning,
Städteregion
Aachen



Rainer Deppe,
Rheinisch-
Bergischer-Kreis



Hans-Willi
Dohmen, Kreis
Düren



Brigitte Donie,
Rhein-Sieg-Kreis



Gerd Fabian,
Rhein-Erft-Kreis



Norbert Finkeldei,
Städteregion
Aachen



Fraktionsvorsitzender
Stefan
Götz, Stadt Köln



Benedikt Hauser,
Stadt Bonn



Paul Hebbel,
Stadt Leverkusen



Franz-Michael
Jansen,
Kreis Heinsberg



Liane Jüngling,
Kreis Heinsberg



Jürgen Kleine,
Oberbergischer
Kreis



Karsten Möring,
Stadt Köln



Heidi Rackwitz-
Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis



Hans-Theo
Schmitz,
Rhein-Erft-Kreis



Michael Stefer,
Oberbergischer
Kreis



Günter Weber,
Kreis Euskirchen

GESCHÄFTSSTELLE



Sebastian Knauff,
Fraktions-
geschäftsführer



Alexander Born,
Mitarbeiter der
Geschäftsstelle

KONTAKT:

CDU-Fraktion im Regionalrat Köln
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln
Tel.: 0221 139 54 46
Fax: 0221 139 54 51
info@cdu-regionalrat-koeln.de
www.cdu-regionalrat-koeln.de

KOMMISSION FÜR REGIONALPLANUNG UND STRUKTURFRAGEN (KRS)

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied
Gerhard Clemens, stimmberechtigtes Mitglied
Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied
Brigitte Donie, stimmberechtigtes Mitglied
Norbert Finkeldei, stimmberechtigtes Mitglied
Stefan Götz, stimmberechtigtes Mitglied
Paul Hebbel, stimmberechtigtes Mitglied
Franz-Michael Jansen, stimmberechtigtes Mitglied
Jürgen Kleine, stimmberechtigtes Mitglied
Wolfgang Maiwaldt, stimmberechtigtes Mitglied
Hans-Theo Schmitz, stimmberechtigtes Mitglied
Günther Weber, stimmberechtigtes Mitglied
Martin Bosbach, beratendes Mitglied
Cornel Lindemann-Berk, beratendes Mitglied
Carsten Mannheims, beratendes Mitglied
Carla Neißer-H., beratendes Mitglied
Ulrich Stücker, beratendes Mitglied

DIE VERKEHRSKOMMISSION (VK)

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied
Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied
Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied
Gerd Fabian, stimmberechtigtes Mitglied
Benedikt Hauser, stimmberechtigtes Mitglied
Paul Hebbel, stimmberechtigtes Mitglied
Liane Jüngling, stimmberechtigtes Mitglied
Karsten Möring, stimmberechtigtes Mitglied
Heidi Rackwitz-Zimmermann, stimmberechtigtes Mitglied
Michael Stefer, stimmberechtigtes Mitglied
Günther Weber, stimmberechtigtes Mitglied
Norbert Finkeldei, beratendes Mitglied
Hans-Peter Höfel, beratendes Mitglied
Heinz Küpper, beratendes Mitglied
Walter Reinartz, beratendes Mitglied
Wilfried Reischl, beratendes Mitglied

ARBEITSGEMEINSCHAFT INNOVATIONS-REGION RHEINISCHES REVIER

Gerhard Clemens
Hans-Willi Dohmen
Franz-Michael Jansen
Benedikt Hauser
Hans Körfer
Heidi Rackwitz-Zimmermann
Sibille Simons
Günther Weber

UK VILLE-EIFEL (UK VE)

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied
Gerhard Clemens, stimmberechtigtes Mitglied
Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied
Brigitte Donie, stimmberechtigtes Mitglied
Franz-Michael Jansen, stimmberechtigtes Mitglied
Liane Jüngling, stimmberechtigtes Mitglied
Heinz Küpper, stimmberechtigtes Mitglied
Günther Weber, stimmberechtigtes Mitglied
Hans-Josef Hilsenbeck, beratendes Mitglied
Hans-Peter Höfel, beratendes Mitglied
Erwin Jakobs, beratendes Mitglied
Sibille Simons, beratendes Mitglied

UK ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR / SCHIENENPERSONENNAHVERKER (UK ÖPNV/SPNV)

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied
Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied
Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied
Gerd Fabian, stimmberechtigtes Mitglied
Liane Jüngling, stimmberechtigtes Mitglied
Karsten Möring, stimmberechtigtes Mitglied
Albrecht Omankowsky, stimmberechtigtes Mitglied
Michael Stefer, stimmberechtigtes Mitglied
Benedikt Hauser, beratendes Mitglied
Hans-Peter Höfel, beratendes Mitglied
Bernd Kolvenbach, beratendes Mitglied
Lars Möller, beratendes Mitglied

UK RHEIN-BERG (UK RB)

Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied
Lars Möller, stimmberechtigtes Mitglied
Karsten Möring, stimmberechtigtes Mitglied
Albrecht Omankowsky, stimmberechtigtes Mitglied
Heidi Rackwitz-Zimmermann, stimmberechtigtes Mitglied
Wilfried Reischl, stimmberechtigtes Mitglied
Michael Stefer, stimmberechtigtes Mitglied
Günter Stricker, stimmberechtigtes Mitglied
Martin Bosbach, beratendes Mitglied
Markus Kitz, beratendes Mitglied

20mal

Regionalratsreport

Fraktionsklausurtagungen

25. – 26. Juni 2010: Trier
08. – 09. Juli 2011: Hamburg
22. – 23. Juni 2012: Mannheim
10. Mai 2013: ehemalige Ordensburg Vogelsang
28. – 29. Juni 2013: Nürnberg

Vorstandsklausurtagungen:

25. – 26. März 2011: Gangelt
09. – 10. März: Hellenthal
01. – 02. März: Rurberg am Rursee

19

Regionalrats-sitzungen

+ 1 gemeinsame Sitzung
mit Regionalrat Düsseldorf

20

Fraktions-sitzungen

8mal

**Fraktion
vor Ort**



So soll das neue Kraftwerk BoAplus nach der Fertigstellung aussehen.

Regionalrat ebnet Weg für BoAplus

Nein, über dem Plenarsaal stieg kein weißer Rauch auf, als der Regionalrat in seiner 15. Sitzung am 05. Juli 2013 den Weg für den Bau des wohl modernsten Braunkohlekraftwerks (BoAplus) der Welt freigemacht hatte. Weißer Rauch hätte auch nicht ins Bild gepasst, denn ein bedeutendes Merkmal von BoAplus ist, dass es aufgrund des modernen Hybridkühlturms nur noch zu kaum sichtbaren Schwaden kommt.

In der neuen Konzeption und Planung (2011) zu BoAplus wurden die Forderungen des Regionalrates Köln von 2004 und 2007 schlussendlich berücksichtigt. Diese waren u.a. die Stilllegung aller 150 MW-Altanlagen bis Ende 2012, eine Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte sowie eine deutlich reduzierte Kühlturmhöhe und Flächeninanspruchnahme. Einer Einleitung des Verfahrens im Dezember 2011 stand somit nichts mehr im Wege.

„Im deutschen Energiemix werden weiterhin flexible und effiziente Braunkohlenkraftwerke als Brückentechnologie benötigt. Dies möglichst raum- und umweltverträglich umzusetzen war von Beginn an unser Be-

streben“, resümiert Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe (CDU). „Wir sind froh, dass für den Standort Niederaußem jetzt zudem eine thermische Leistungsobergrenze von 9300 MW beschlossen wurde und somit ein weiterer Ausbau der Kapazität nur mit entsprechenden Stilllegungen möglich ist“, zeigte sich Fraktionsvorsitzender Stefan Götz zufrieden.

Dem umfassenden Umweltbericht konnte man entnehmen, dass es im Zuge der Stilllegung von Altanlagen in der Region um den Standort zu einer deutlichen Entlastung der Schutzgüter Mensch, Flora und Fauna kommen wird. Die CDU-Fraktion bewertete das Verfahren als gutes Beispiel, wie Politik und Bürger

gezielt und im Ergebnis erfolgreich auf Planungsvorhaben im Sinne der betroffenen Menschen und der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung Einfluss nehmen kann.

Bis zu dieser Entscheidung war es ein weiter Weg. Zweimal (2003, 2007) hat der Vorhabensträger RWE die Änderung des Regionalplans angeregt, zweimal hat der Regionalrat Köln abgelehnt. „Die damaligen Planungen von RWE waren der örtlichen Bevölkerung kaum zumutbar“, begründete Stefan Götz die Ablehnungen durch den Regionalrat Köln.

Planung	2007	2013
Kapazität	2x 1.100 MW	2x 550 MW
Kühlturmhöhe	200 Meter	100 Meter
Flächenbedarf	40ha	23ha

BoAplus:

- hohe Flexibilität durch 2-Kessel-Betrieb
- durch Hybridkühlturmtechnik kaum sichtbare Schwaden
- reduzierte Verschattung durch Stilllegung und Rückbau von Altanlagen
- Reduzierung der CO₂-Emission um 30% (3 Mio. t/a)
- hoher Wirkungsgrad von 45%

Bilanz Braunkohlenaussschuss

In den letzten vier Jahren wurden zahlreiche Projekte, die im Zusammenhang mit dem Abbau und der Nutzung der Braunkohle im Rheinischen Revier stehen, begonnen oder auch zum Abschluss gebracht.

Für den Betrieb der Tagebaue ist hier insbesondere der 3. Rahmenbetriebsplan für den Tagebau Hambach zu nennen, der in 2011 bei der Bergbehörde eingereicht wurde und mit dessen Genehmigung in Kürze gerechnet wird.

Der Sonderbetriebsplan zur Regelung des Artenschutzes im Tagebau Hambach bis zum Jahr 2020 wurde im Oktober 2013 zugelassen. Die Planverfahren für die Umsiedlungen im Vorfeld des Tagebaus Hambach -die Ortschaften Manheim (Kerpen) und Morschenich (Merzenich)- wurden planmäßig durchgeführt und die Umsiedlungen begonnen. Die Verlegung der Hambachbahn konnte erfolgreich abgeschlossen werden und auch die Inbetriebnahme der A4 soll noch in diesem Jahr erfolgen. Im Bereich der Kraftwerkserneuerung konnten zum Jahresende 2012 sämtliche verbliebenen 150 MW-Kraftwerksblöcke außer Betrieb genommen werden, da die Neubaublöcke BoA 2 & 3 am Standort Neurath Mitte 2012 den kommerziellen Betrieb aufgenommen haben.

Nach intensiver Beteiligung aus der Region und Berücksichtigung zahlreicher Anregungen aus dem Regionalrat in den letzten Jahren konnte am 18.10.2013 die 5. Änderung des Regionalplans Köln bekanntgemacht werden, so dass das Regionalplanänderungsverfahren für das Vorhaben



Die neue Hambachbahn erhielt ihre Verkehrsfreigabe am 19. Mai 2014.

BoAplus erfolgreich abgeschlossen werden konnte. In diesem Jahr schließlich wurde der Erarbeitungsbeschluss zum Braunkohlenplan Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath im Stadtgebiet Erkelenz nach intensiven Diskussionen gefasst, so dass das für die planmäßige Entwicklung des Tagebaus Garzweiler notwendige Planverfahren weiter geführt werden kann.

PLANUNGSSICHERHEIT FÜR UMSIEDLER

Darüber hinaus hat die Landesregierung öffentlich angekündigt, eine neue Leitentscheidung für die Perspektiven nach 2030 zur Braunkohlepolitik herbeizuführen. Politisches Ziel der angekündigten neuen Leitentscheidung ist es, nach dem 3. Umsiedlungsabschnitt kein weiteres Umsiedlungsplanverfahren mehr durchzuführen.

Wir halten eine frühzeitige Festlegung darauf, die genehmigten Abbau-

grenzen in Frage zu stellen für falsch und erwarten einen ergebnisoffenen Erarbeitungsprozess. Insgesamt konnten durch die intensive Einbindung des Braunkohlenaussschusses und des Regionalrats die langfristige Nutzung der Braunkohle im Sinne der Region weiterentwickelt werden.



RWE Power AG, Leiter Braunkohleplanung und -ausrichtung
Lars Kulig

Phantasialand kann erweitert werden

Der Regionalrat Köln hat in seiner 13. Sitzung am 14. Dezember 2012 mit großer Mehrheit die Erweiterung des Phantasialands bei Brühl ermöglicht. „Wir haben im regionalen Konsens endlich ein Ergebnis erzielt, das dem Phantasialand Planungs- und Rechtssicherheit für die weiteren Schritte gewährt. Vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freizeitparks und die gesamte Region ist dieser Beschluss eine erfreuliche Nachricht“, äußerte sich CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz damals erleichtert. Der Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung kam letztendlich zu dem Schluss, dass alle Eingriffe in die Natur ausgleichbar sowie artenschutzrechtliche Fragen gelöst werden können. Die Waldbilanz wird sich nach einem möglichen Waldtausch ebenfalls positiv darstellen. „Vor allem die lange ungeklärten und letztendlich beantworteten Fragen hinsichtlich des Ausgleichs habeneinen Durchbruch im Verfahren erwirkt. Alle Parteien und Verfahrensbeteiligten sind aufeinander zu gegangen und haben die Entscheidung

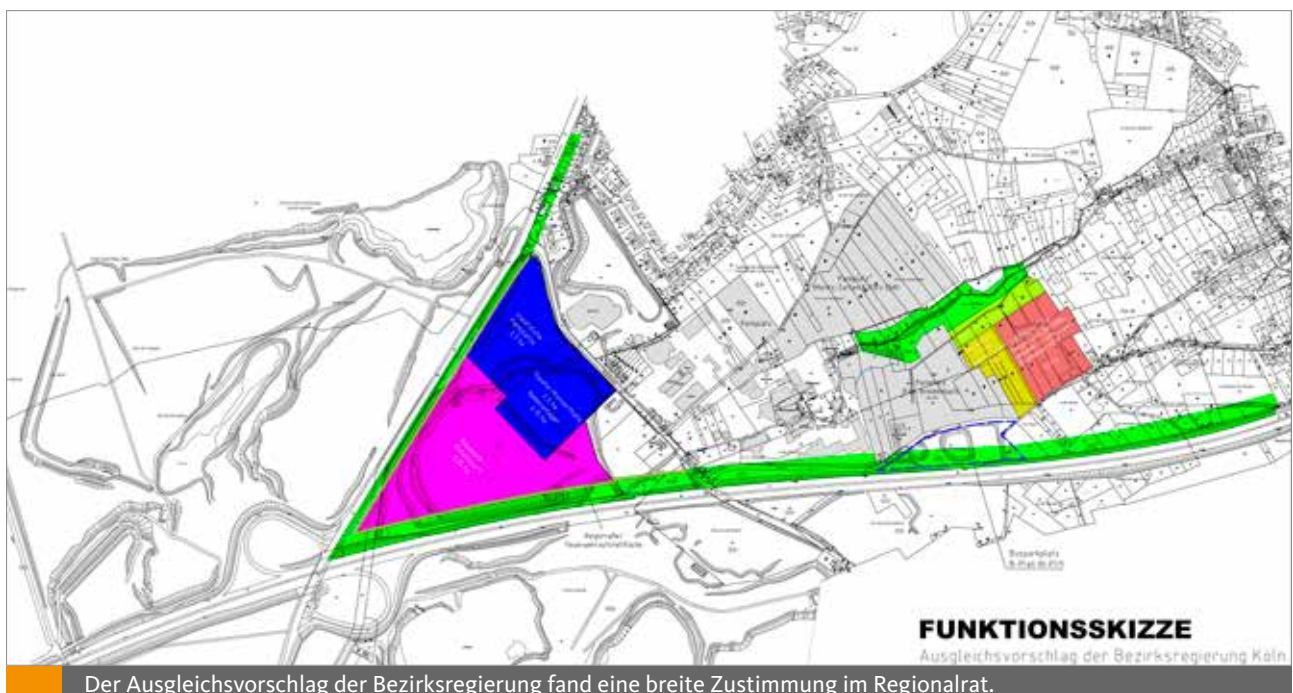


Eng ist es. Das Phantasialand braucht dringend Erweiterungsflächen

so möglich gemacht“, so Götz. Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe (CDU) ergänzt: „Es ist nun wichtig, das angestrebte Ziel der Erweiterung auf allen Ebenen weiterhin im Konsens zu verfolgen. Wir alle wollen, dass das erzielte Ergebnis auch Realität wird und das Phantasialand langfristig als Highlight in unserem Regierungsbezirk erhalten bleibt.“

Die Erweiterungsfläche im Westen umfasst ca. 11,4ha. Dort soll neben

einer weiteren Fläche für Parkplätze auch eine Konzert und Theaterhalle sowie ein großes Aquahotel-Ressort entstehen. Auf der Erweiterungsfläche im Osten (ca. 4ha) werden unter anderem eine Mitarbeiter-Kita sowie Edutainment und Spielangebote realisiert. Problematisch bleibt, dass für neue klassische Freizeitparkattraktionen im bestehenden Park weiterhin alte Attraktionen abgerissen werden müssen.



Der Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung fand eine breite Zustimmung im Regionalrat.

Quarzkies: Standort Witterschlick-Süd wird erweitert

Eine unendliche Geschichte gefüllt mit Gutachten hat im Sommer 2012 ihr Ende gefunden. Der Regionalrat Köln hatte auf seiner 11. Sitzung am 29. Juni 2012 die alleinige Erweiterung des Standorts Witterschlick-Süd für den Abbau von hochreinem weißem Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville beschlossen. Der landesplanerische Rohstoffbedarf kann an diesem Standort für ca. 28 Jahre gesichert werden. Der Standort wird dafür um 20 ha erweitert und ermöglicht so die Förderung von 5,91 Millionen t weißen Quarzkies. Auch der Sockel soll abgegraben und die Betriebsanlagen der Quarzwerke Witterschlick dafür verlegt werden.

Insgesamt hatten vier Standorte zur Auswahl gestanden. „Keiner der Standorte war konfliktarm. Im Endeffekt haben die hohe Abbauwürdigkeit, der relativ geringe Flächenverbrauch und die langfristige Rohstoffsicherung mit nur einer erweiterten Abgrabung den Ausschlag für Witterschlick-Süd gegeben“, resümiert Fraktionsvorsitzender Stefan Götz das Verfahren. Brigitte Donie (CDU), Vertreterin des Rhein-Sieg-Kreis, lobte die Entscheidung: „Nach 8 Jahren konnten wir das Verfahren mit einem positiven Ergebnis abschließen. Wichtig ist vor allem, dass wir einen gerichtsfesten Beschluss gefasst haben, der möglichst viele

Interessen abdeckt“, äußerte sich Donie. Um etwaigen Prognoseunsicherheiten bezüglich der langfristigen Rohstoffversorgung zu begegnen, wurde ebenfalls ein Monitoring beschlossen, welches die fortlaufende Richtigkeit der prognostizierten Abgrabungsmenge regelmäßig zu kontrollieren und ggf. anzupassen hat. Die Regionalplanungsbehörde wurde beauftragt, alle drei Jahre die Darstellung der Abgrabungsstätte und den Rohstoffbedarf zu überprüfen. Zudem soll auch die Überwachung der Auswirkungen auf das Grundwasser im Bereich der Wasserwerke Heimerzheim und Heidgen im Monitoringprozess mit aufgenommen werden.



Nassauskiesung bei Witterschlick mit Erweiterungsfläche (rot) und Sockel mit Betriebsanlagen (blau).



Blick auf Woffelsbach am Rursee mit der Schilsbachbucht rechts. Hier sollte das Einlaufbecken entstehen.

Kein Pumpspeicherkraftwerk am Rursee in der Eifel

Selten hat ein Antrag auf eine Regionalplanänderung im Vorfeld solche Wellen geschlagen. Der Stadtwerkekonzern Trianel wollte am Rursee in der Eifel ein Pumpspeicherkraftwerk bauen (lassen). Das Verfahren hat bundesweit Aufmerksamkeit erlangt, spätestens, als die Trianel GmbH sich am 13. Juni 2013 vom Projekt zurückgezogen hat. Schlussendlich sind die Pläne für das Pumpspeicherkraftwerk am 11. Oktober 2013 vom Regionalrat Köln ad acta gelegt und die Regionalplanänderung abgelehnt worden.

„Die CDU-Fraktion war in einem langen Abwägungsprozess zu dem

Schluss gekommen, dass der Rursee aufgrund von nicht kalkulierbaren Auswirkungen auf die Region kein geeigneter Standort für ein Pumpspeicherkraftwerk ist“, so Fraktionsvorsitzender Stefan Götz.

VORRATSBESCHLUSS WÄRE TOD AUF RATEN GEWESEN

Zudem hatte sich der ursprüngliche potentielle Investor, die Trianel GmbH, zwischenzeitlich von den Planungen verabschiedet. „Unabhängig von den Sachgründen, die zu unserer damaligen Entscheidung geführt haben, hätten wir uns zudem mit einem

Vorratsbeschluss extrem schwer getan. Dies wäre für die gesamte Region ein Tod auf Raten gewesen. Es war für unsere Fraktion keine Option“, so Götz.

Für einige Verwunderung hatte das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion gesorgt. Diese hatte sich unerwartet mehrheitlich enthalten, obwohl man in der Aussprache nochmal die Notwendigkeit und angebliche Raumverträglichkeit des Projekts in den Vordergrund stellte. „Wir konnten über das plötzliche Umfallen der SPD nur spekulieren. Eine nachvollziehbare Erklärung gibt es bis heute nicht“, so Götz.

Die Arbeit der Verkehrskommission – ein Rückblick

Die Verkehrsinfrastruktur und deren Zustand war lange Zeit kein Thema für eine breite gesellschaftliche Diskussion geschweige denn im Bewusstsein der Menschen verankert. Aber, überfüllte Züge, strukturbedingte Verspätungen, Flickschusterei bei Straßensanierungen, Einschränkungen auf kommunalen Brücken oder gar deren Sperrung und nicht zuletzt die prekäre Situation der Leverkusener Rheinbrücke haben diesbezüglich zu einem Umdenken in der öffentlichen Diskussion geführt. Leider wird die aktuelle rot-grüne Landesregierung der massiven Problemlage nicht im Ansatz gerecht. Dringend benötigte Mittel für Sanierung und Ausbau werden zum Leidwesen all derer, die auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind, stetig gekürzt. Die unangenehmste Überraschung war im Jahr 2013 die massive Reduzierung der Landesmittel für den kommunalen Straßenbau mit der Begründung, das Auslaufen der Entflechtungsmittel des Bundes führe zu keiner gesicherten Finanzierungsmöglichkeit. Zum einen wusste das Land um diesen Sachverhalt seit Jahren, zum anderen hätte es dem Ziel des Entflechtungsgesetzes entsprechend die Mittel aus dem Landeshaushalt ersetzen müssen. Aber selbst als wenige Tage nach der Bekanntgabe der Mittelschränkung der Bund die volle Mittelhöhe bis 2019 garantierte, nahm der Minister seine Kürzung nicht zurück, der beste Beweis, dass hier sachfremde Gründe für die Kürzungen vorgeschoben wurden. Die Folgen für den kommunalen Straßenbau sind verheerend.

In Wirklichkeit geht es der rot-grünen

Landesregierung um ein Umsteuern in der Infrastrukturförderung. Ein anderes Beispiel: statt den Bau von Radwegen an Landesstrassen mit mehr Mitteln auszustatten, wurden neue Fahrradwege im Rahmen eines Konzepts „Nahmobilität“ geplant. Der Ausbau von Landes- und Bundesstraßen, die Anlage von Kreisverkehren, der Bau von Ortsumgehungen – über all die Jahre mussten wir eine Mittelausstattung beklagen, die nicht einmal für ein Zehntel des tatsächlichen, gut begründeten Bedarfs ausreichte.

Nun lässt sich nicht von der Hand weisen, dass öffentliche Mittel begrenzt sind, nie für das Wünschenswerte und nicht selten auch für das Notwendige reichen. Unser Ärger entzündete sich aber insbesondere an Planungsverböten und intransparenten Entscheidungen des Landesverkehrsministeriums, zum Beispiel bei der Anmeldung der Straßenprojekte zum Bundesverkehrswegeplan, als das Landesministerium es nicht einmal für nötig hielt, die Kriterien seiner Entscheidung, mit der es von den Voten des Regionalrates abgewichen war, offen zu legen.

Das Ministerium begründete sein Handeln mit „Finanzzerrlichkeit“. Es sollte nicht mehr geplant werden, als mit den verfügbaren Mitteln auch umgesetzt werden könnte. Das klingt zwar gut, aber es ist an Unehrllichkeit nicht zu überbieten. Anders als beispielsweise Bayern, das immer fertig geplante, baureife Projekte in der Schulblase hat und von Restmitteln im Bundeshaushalt profitierte, waren in Düsseldorf nicht nur die Kassen leer, sondern auch die Schubladen. Der Gipfel war erreicht, als der Landesverkehrsminister im vergangenen



Karsten Möring

Jahr einräumte, über 40 Millionen Euro nicht verbrauchte Bundesmittel zurückgeben zu müssen. Zugleich musste er ankündigen, dass sich dieser Skandal 2014 und wohl auch noch 2015 wiederholen würde, weil sein Personal nicht ausreichte, genügend Projekte baureif zu machen.

Es gab aber auch Lichtblicke. Dieser Rückblick wäre nicht vollständig ohne Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, die engagiert und kooperativ unsere Arbeit begleitet und unterstützt haben. Das gilt auch für die Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW, bei denen wir allerdings leider öfter festzustellen hatten, dass sie manchmal nicht auskunftsfähig waren, oft aber auch keine Auskunft geben durften. Ein großer Dank gehört den Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit in der Kommission und den vielen örtlichen Mandatsträgern in den Unterkommissionen, durch die der lokale Sachverstand eingebracht wurde, ohne den die Mitglieder der Verkehrskommission des Regionalrats oft nur schwer wichtige Sachverhalte zur Einschätzung der zahlreichen „kleinen“ Maßnahmen hätten berücksichtigen können.

Meilenstein für den Zukunftsdialog

Die Bedeutung der Regionale 2010 für die heutige Situation in der Region Köln/Bonn ist groß, denn entlang definierter Themenfelder wurden die Potenziale der Region sichtbar und erlebbar aufbereitet. Durch das Format des Strukturprogramms und durch die konzentrierte Arbeit aller Akteure in einem definierten Zeitfenster, konnten Kooperationen ausgebaut und Weichen für die Zukunft gestellt werden. Finanzielle Anreize waren ein wichtiger Impuls um eine Vielzahl von Projekten auf den Weg zu bringen, die in der Folge nun ihre strukturelle Wirkung entfalten.

Wichtig war aber auch die Entwicklung eines gemeinsamen regionalen Selbstverständnisses, welches bis heute anhält und die Kooperation in der Region Köln/Bonn trägt. Damit wurde eine Plattform für einen zukunftsweisenden und nachhaltigen Umgang mit dem eigenen Lebensraum geschaffen, welche alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht.

Zugleich schuf die Regionale 2010 neue Formen des Zusammendenkens vieler für eine Region wichtiger Handlungsbereiche. Strukturwandel wird nicht nur von wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflusst, auch

Wissenschaft, Bildung, Kultur und die Stadt- und Landschaftsentwicklung haben ihren Anteil an Unverwechselbarkeit und Profil einer Region. Die Regionale 2010 „trainierte“ die regionalen Akteure der Region darin, gemeinsam Projekte anzugehen und zu realisieren. Sie wurde auf eine Art und Weise genutzt, wie sie für das Rheinland und die hier lebenden Menschen typisch ist: als Plattform für einen zukunftsweisenden und nachhaltigen Umgang mit dem eigenen Lebensraum. Dabei gelang es, kreative Kräfte über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg zu fördern und bürgerschaftliches wie unternehmerisches Engagement zu mobilisieren.

NEUE FORMEN DES ZUSAMMENDENKENS

Im „Windschatten“ der Regionale 2010 formierte sich bei den Oberbürgermeistern und Landräten schon früh der Entschluss, den erreichten Grad der Kooperation frühzeitig zu festigen. Sehr weitsichtig wurden daher schon im Jahr 2007 die Weichen dafür gestellt, dass der Region Köln/Bonn e. V. sich parallel zur Regionale 2010 verstärkt aufstellen konnte.



Geschäftsführer
Region Köln/Bonn e.V.
Dr. Reimar Molitor

Heute hat sich der Region Köln/Bonn e.V. als der zentrale strukturelle Akteur in der Region etabliert und er fungiert als Schnittstelle regionaler Belange in Richtung Bezirksregierung, Land, Bund und EU. Mitgliedschaften im Initiativkreis der deutschen Metropolregionen und im europäischen Netzwerk der Metropolregionen etablieren die Region Köln/Bonn mittlerweile fest auf der Landkarte eines Europas der Regionen.

Und dabei gelten weiterhin die Prinzipien der Regionale 2010: Nur wer sich kennt und um den jeweils anderen weiß, der ist auch fähig zusammenzuarbeiten und gemeinsame Sache zu machen. Kein Wunder also, dass der Lange Tag der Region weiterhin eine feste Größe im Terminkalender der Region ist und bleiben wird – immer am längsten Tag des Jahres, am 21. Juni.

Die Region Köln/Bonn hat also den „Rückenwind“ der -Regionale 2010 genutzt und wird auch weiterhin im Dialog ihre Zukunft gemeinsam gestalten.



Das neu gestaltete Steinmüllergelände in Gummersbach.

Foto: Dirk Adolphs EG Gummersbach mbH

Wir brauchen Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten

Fast 300 Seiten stark ist der Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) der Landesregierung. Mit 125 Zielen und Grundsätzen sollen die Raumordnung und die Entwicklung von Nordrhein-Westfalen für die nächsten 25 Jahre gesteuert werden. Die Regionalräte sind als erste von einem neuen LEP betroffen, denn sie wären verpflichtet, die sogenannten Regionalpläne an die Vorgaben des LEP anzupassen. Städte und Gemeinden müssen sich bei der Aufstellung ihrer Flächennutzungspläne nach den Regionalplänen richten. Eine Stellungnahme des Regionalrates war also zwingend geboten.

Aus Sicht des Rheinlandes ist uns ganz besonders wichtig, das Rheinland als eine starke Wirtschaftsregion weiter zu entwickeln. Davon profitiert ganz Nordrhein-Westfalen. Dafür brauchen wir aber die nötigen Freiheiten, die ein detaillierter, für ganz Nordrhein-Westfalen einheitliche Maßstäbe vorgebender Plan wegen der Vielfalt des Landes gar nicht geben kann. Entgegen dem landesweiten Trend werden die Zentren entlang der Rheinschiene mit den angrenzenden Kommunen und der grenzüberschreitende Raum zu den Niederlanden und zu Belgien auch in Zukunft wachsen. Um die Position des Rheinlands als Wirtschaftsstandort zu festigen und auszubauen, muss auch ein bedarfsgerechtes Flächenangebot für Industrie, Gewerbe, Infrastruktur und Wohnen zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit meinem Kollegen, Hans-Jürgen Petrauschke, dem Vorsitzenden des Regionalrates Düsseldorf, habe ich monatelang dafür geworben, dass die beiden rheinischen Regionalräte eine gemeinsame Stellungnahme abgeben.



Zukünftig auch in NRW möglich: Große Windkraftanlagen im Wald.

Wir haben im Rheinland eine ähnliche Struktur. Wir sind Wachstumsregion und wir wollen uns zu einer Metropolregion zusammenschließen. Unsere Planungsräume waren schon in den vergangenen Jahrzehnten die Regionen mit der größten Wirtschaftskraft, dem stärksten Bevölkerungswachstum und dem größten Zuwachs an Arbeitsplätzen. Wir haben Wert darauf gelegt, dass diese Stellungnahme von einer großen Mehrheit getragen wird. Den gemeinsamen Beschluss, eine (erstmalige) gemeinsame Sitzung und die Zustimmung von CDU, SPD und FDP haben wir erreicht. Gemeinsame Mehrheiten haben wir auch in den weiteren Gremien, in denen ich Mitverantwortung trage, erreichen können. Sowohl die Stellungnahmen des Regionalrates Köln als auch des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden jeweils von großen Mehrheiten beschlossen. Wir erwarten, dass die Landesregierung das Beteiligungs-

verfahren ernst nimmt und unsere Vorschläge berücksichtigt.



Rainer Deppe

A handwritten signature in black ink that reads "Rainer Deppe". The signature is written in a cursive, flowing style.

www.cdu-regionalrat-koeln.de



IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Regionalrat Köln
Anschrift: Zeughausstraße 2-10
50667 Köln
Tel.: 0221 139 54 46
Fax: 0221 139 54 51
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de
Vorsitzender: Stefan Götz
Redaktion: Sebastian Knauff
Fotos: CDU-Fraktion im Regionalrat Köln,
Dirk Adolphs EG Gummersbach mbH
Konzept/Layout: POLIVOX Werbeagentur